

## **Gute Arbeit in miserablen Zeiten?**

Friedhelm Hengsbach SJ, Ludwigshafen am Rhein

Liebe Brüder und Schwestern, Mitglieder der KAB, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrter Gastgeber, meine Damen und Herren Gäste,

der Katholischen Arbeiterbewegung und der Arbeitnehmerastoral der Erzdiözese Freiburg gratuliere ich zu dieser Ausstellung, die hier und heute eröffnet wird. Die KAB in Deutschland und Österreich befindet sich mit ihrer Kampagne: „Gute Arbeit“ in bester Gesellschaft – unmittelbar in diesen Räumen der Volks- und Raiffeisenbank Rhein Neckar, die sich aus dem Investmentbanking und aus dem Club der Spekulanten, die das große Rad haben drehen wollen, ziemlich herausgehalten hat, mittelbar im Zusammenhang mit der Initiative der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf, die weltweit für „decent work – gute Arbeit“ wirbt sowie mit den Anstrengungen der IG Metall und des DGB, die Indikatoren für „gute Arbeit“ aufgestellt haben.

### **1. Was ist „gute Arbeit“?**

Theologen und Philosophen - am Schreibtisch oder in tiefer Meditation versunken - haben darauf eine Antwort gegeben. So erklärt Martin Luther: „Von Arbeit stirbt kein Mensch. Aber durch Müßiggehen kommen die Leute um Leib und Leben. Denn der Mensch ist zur Arbeit geboren wie der Vogel zum Fliegen“. Der polnische Papst Johannes Paul II. hat 1991 geschrieben: „Die Arbeit ist eine fundamentale Dimension der Existenz des Menschen auf Erden“; wer arbeitet, werde gesellschaftlich anerkannt, könne seine Talente und Interessen entfalten und verdiene damit seinen Lebensunterhalt. Darüber hinaus beteilige sich der Mensch am Schöpfungswerk Gottes, der die unfertige Welt der schöpferischen Kompetenz der Menschen überlassen habe, damit sie diese vollenden.

Eigentlich sollte man die Frage nach der guten Arbeit denjenigen stellen, die meist über kein Sach- und Geldvermögen verfügen, sondern nur über ein Arbeitsvermögen, das sie auf dem Markt anbieten und auch bereit sind, sich einem fremden Willen unterzuordnen, um so ihren Lebensunterhalt zu erwerben. Dies hat eine Forschungsgruppe aus München getan. Sie hat mehr als 5000 Erwerbspersonen gefragt: „Was versteht ihr unter guter Arbeit“ und: „Wie erlebt ihr eure Arbeit?“ Wie haben die Kolleginnen und Kollegen darauf geantwortet? Ihre Antworten sind der 2006 veröffentlichten Untersuchung zu entnehmen.

„Gute Arbeit“ ist an erster Stelle ein festes, verlässliches Einkommen, mindestens 2000 € brutto im Monat, und ein unbefristeter, sicherer Arbeitsplatz. An zweiter Stelle wird die Qualität der Arbeit genannt. Die Arbeit soll abwechslungsreich sein. Sie soll als sinnvoll erfahren werden. Wir

wollen, wenn wir nach Hause gehen und gearbeitet haben, stolz auf unsere Arbeit sein. Die Arbeit soll uns selbstbewusst machen, soll uns aufrichten. Und an dritter Stelle wird erwartet, dass die Vorgesetzten uns als Menschen anerkennen und nicht nur als Kostenfaktor behandeln. Dass sie uns nicht gegeneinander in ein sinnloses Leistungs- oder Rattenrennen hineintreiben. Dass sie uns fachlich und beruflich fördern, anerkennende Worte finden, wenn eine Arbeit gelungen ist, und dass sie wenn Kritik nötig ist, diese in einer konstruktiven Form vorbringen. Sie sollten sich auch für unsere privaten Probleme interessieren und ihr Mitgefühl äußern.

Das war die eine Frage. Die andere Frage lautete: „Wie erlebt ihr eure tägliche Arbeit, wie sieht die Alltagsarbeit aus?“ Da wird einerseits von positiven Erfahrungen und erfreulichen Seiten berichtet. Die Zusammenarbeit, die Anerkennung und aufbauende Kritik der Kolleginnen und Kollegen schaffe eine wohltuende Atmosphäre und ein angenehmes Arbeitsklima, dass unsere Arbeit auch als sinnvoll erfahren wird, dass wir am Arbeitsergebnis feststellen können, wie sich die Mühe lohnt, die wir uns gemacht haben. Und dass wir durch Vorgesetzte bei unserer Arbeit unterstützt werden. Eine Minderheit kann gar behaupten, dass ihre Arbeit abwechslungsreich sei, dass sie die Arbeitsabläufe selbst mitsteuern und mitgestalten können, dass ihnen die Chance geboten wird, die eigenen Fähigkeiten weiter zu entwickeln und dass auch Weiterbildung im Betrieb möglich ist.

Aber es wird auch von Schattenseiten berichtet: Jeder sechste der Vollzeitbeschäftigten verdient weniger als 1500 € brutto im Monat. Und jede dritte von denen, die teilzeitbeschäftigt erwerbsfähig ist, bekommt weniger als 400 € im Monat. Bedrückend ist die Sorge und Angst, dass wir den Arbeitsplatz verlieren und keine gleichwertige Stelle finden, nachdem wir arbeitslos geworden sind. Schwer belastend sind körperliche Anstrengungen, mehr noch die extrem einseitige Beanspruchungen, etwa eine Arbeit unter hoher Dauerkonzentration, wobei nur eine extrem geringer Fehlertoleranz erlaubt ist.

In der Bilanz kommt die Studie zu einem überraschenden Ergebnis: Nur drei Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland können gemäß der repräsentativen Stichprobe von sich sagen, dass ihr Arbeitsplatz das Merkmal: „gute Arbeit“ verdient. Der Saldo zwischen den angenehmen und belastenden Seiten ist positiv und/oder es wird ein Einkommen erzielt, das höher ist als 2000 € brutto im Monat. 13% meinen, dass ihre Arbeit eine ausbaufähige Grundlage guter Arbeit biete, nämlich trotz relativ starker Belastungen ein existenzsicherndes Einkommen, soziale Einbindung und Möglichkeiten, den Arbeitsablauf zu beeinflussen. Aber mehr als 84 % geben zu erkennen, dass ein dunkler Schleier über ihrer Arbeit liegt, weil nämlich die belastenden Momente schwerer wiegen als die angenehmen Momente und/oder das Monatseinkommen brutto unter 2000 € liegt.

Diese Untersuchung, für die Tatjana Fuchs vom Internationalen Institut für empirische Sozialökonomie verantwortlich zeichnet, war abgeschlossen, bevor 2006 eine wirtschaftliche Belebung eingesetzt hatte, die von der Finanzkrise abrupt gestoppt wurde und 2009 in einem jähen Absturz des Bruttoinlandsprodukts um 5% endete.

## 2. Widerstand gegen schlecht gemachte Arbeit

Die Nachrichten über die 2010 erstaunlich schnell einsetzende wirtschaftliche Belebung und den Rückgang der Arbeitslosenzahl weckt positive Erwartungen, dass der Anteil guter Arbeit unter den zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätzen wächst. Das ist nicht der Fall. Die Spaltung der Belegschaften in Kernbelegschaften und Randgruppen wird nicht geringer, nicht in den Betrieben, nicht zwischen den Branchen und nicht zwischen Männern und Frauen. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse nehmen mit den Neueinstellungen zu – geringfügige Beschäftigung, Heimarbeit, illegale Arbeit, Scheinselbständigkeit, Armut trotz Arbeit, befristete Beschäftigung, Leiharbeit und Teilzeitarbeit. Ein Niedriglohnsektor grassiert in der Gastronomie, im Einzelhandel, in der Textilindustrie, in der Gebäudereinigung, im Überwachungsgewerbe, in der Bauwirtschaft und im Speditionsgewerbe.

Schlechte Arbeit ist schlecht gemachte Arbeit – durch die Verhältnisse, die Arbeit schlecht machen, und von wirtschaftlich und politisch Akteuren, die die Macht haben, gute Arbeit zu blockieren. Die Ausstellung hier und heute ist ein Aufschrei der Empörung gegen schlecht gemachte Arbeit. Sie verbreitet eine Botschaft, dass Erwerbsarbeit im Zentrum der modernen Gesellschaft steht, dass sie der Schlüssel der sozialen Frage ist, Angelpunkt wirtschaftlicher Einbindung und gesellschaftlicher Beteiligung.

Das Gemeinsame Wort der Kirchen hat 1997 aus diesem Evangelium der Arbeit die Schlussfolgerung gezogen, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland die drängendste politische, wirtschaftliche und soziale Herausforderung, und der Abbau der Massenarbeitslosigkeit die vordringlichste Aufgabe der Wirtschafts- und Sozialpolitik in den nächsten Jahren ist.

Wer sind die kollektiven Akteure, die für die Blockade guter Arbeit zur Rechenschaft zu ziehen sind, dass diejenigen, die arbeiten können und wollen, ihren Rechtsanspruch auf gute Arbeit nicht einlösen können. Wer blockiert gute Arbeit in Deutschland? Ich formuliere die Antwort in vier Thesen.

### *(1) Die Wachstumsbeschleuniger*

Es sind diejenigen, die von dem Aberglauben getrieben werden, dass höheres Wachstum zusätzliche Chancen der Beschäftigung und gute Arbeit erschließt. Sie denken dabei vor allem an Industriearbeit, insbesondere in der Exportindustrie. Sie meinen, dass irgendeine Arbeit besser sei als keine Arbeit. Und sind davon überzeugt, dass alles, was Arbeit schafft, sozial sei.

Solche Erwartungen sind jedoch trügerisch. Wachstum erzeugt nicht automatisch Arbeit und ein angemessenes Einkommen. Es beseitigt nicht automatisch Leiharbeit und prekäre Beschäftigung. Wachstum, das mit kapitalintensiver Technik verbunden ist, steigert die Produktivität und setzt bei stagnierender Nachfrage Arbeitskräfte frei, erhöht die Arbeitslosigkeit und verschleißt das Arbeitsvermögen. Wachstum erzeugt nicht automatisch gute Arbeit. Und Industriearbeit, die mit strukturellen Export- und Leistungsbilanzüberschüssen verbunden ist,

exportiert im Euroraum oder global Arbeitslosigkeit in andere Länder.

## *(2) Die Finanz- und Industriekonzerne, die den Staat erpressen*

„Raubt es Ihnen nicht den Schlaf, wenn sie daran denken, was Sie angerichtet haben?“ So fragte der Chefermittler der Bankenkrise im US-amerikanischen Senat einen ehemaligen Banker. „Wir sind nicht verantwortlich“, lautete dessen Antwort, „wirklich nicht. Sorry for that“. Seiner Meinung war die Finanzkrise wie ein Hurrican oder ein Tsunami, also eine Naturgewalt, den Finanzakteuren nicht zuzurechnen. „Wir sind alle irgendwie Getriebene der Märkte“, erklärt Josef Ackermann.

Nur in einer Schocksekunde haben die Finanzeliten ihr Versagen eingestanden, als sie ihrem Aberglauben an die Selbstheilungskräfte des Marktes abgeschworen und den Staat als Retter aus der Krise anriefen, in die sie die Welt hineingetrieben hatten. Aber im zweiten Jahr nach der Lehmann-Pleite haben sie wieder Oberwasser: „Wir sind noch mal davongekommen“, lassen sie die Bevölkerung wissen. Tatsächlich scheinen die Banken stabilisiert, die Industrie aus der Gefahrenzone heraus, der Absturz scheint aufgefangen, ein rasanter Aufschwung lässt die Zahl der Arbeitslosen zumindest statistisch sinken.

Schon orientieren sich Großbanken und Industriekonzerne wieder an der reinen Finanzkennziffer des shareholder value und an den Aktienkursen und messen daran den Unternehmenserfolg. Sie behandeln das Unternehmen als Kapitalanlage in den Händen der Anteilseigner und bedienen ausschließlich deren Interessen. Was für die Belegschaft, die Kunden und die öffentliche Hand vorteilhaft ist, spielt keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Beschwichtigende Lyrik tritt wieder an die Stelle präziser Analysen: Finanzkrisen gehören zum Kapitalismus wie das Wasser zum Meer. Auch das Herz-Kreislaufsystem kennt Phasen der Expansion und Kontraktion, in der Natur wechseln die Jahreszeiten Frühling, Sommer, Herbst und Winter einander ab. Jede Finanzkrise ist wie ein reinigendes Gewitter: Einige Robuste überleben, die Schwächeren werden ausgemerzt.

Der Sozialstaat hat sich verabschiedet und ist zum „Wettbewerbsstaat“ mutiert. Die Regierung hat als „Territoriumsunternehmer“ einer Bevölkerung, die olympiareif beschäftigungsfähig werden soll, stillschweigend akzeptiert, dass die Finanzmärkte die 5. Gewalt in der Demokratie sind und bestimmen, was vernünftige Politik sei – Löhne, Steuern, Sozial- und Umweltabgaben senken und möglichst wenig umverteilen. Die politisch Verantwortlichen haben die solidarischen Sicherungssysteme deformiert und an die private Vorsorge appelliert, die Arbeitsverhältnisse durch Gesetze entschert, die Regulation der Finanzgeschäfte gelockert. Die Kanzlerin erklärt beschwörend, es dürfe eine Bank nicht noch einmal den Staat erpressen. Tatsächlich knickt die Regierung vor den Lobbyisten der Finanz- und Realsphäre ein. Zweimal sind Banken und Gläubiger schonend gerettet worden, während die Kosten auf die Allgemeinheit abgewälzt wurden. Die Autoindustrie und die IG Metall haben der Regierung die Abwrackprämie abgetrotzt, die Energiekonzerne behalten ihre Atomprofite, die Aluhütten und das Agrobusiness ihre Subventionen, während der Bahnkonzern seinen Pharaonenprojekten nachjagen darf.

### *(3) Die Bildungsmissionare*

„Bildung“ ist das Mantra einer Kanzlerin und ihrer schwarz-gelben Koalition, die eine Bildungsrepublik Deutschland ausgerufen haben. Die Arbeitsministerin hat anscheinend die direkte Offensive gegen die Arbeitslosigkeit, indem Arbeitsplätze geschaffen werden, aufgegeben und eine Nebenarena geschaffen, in der kurzfristige und inszenierte Siege errungen werden können: die frühkindliche Erziehung, die verspricht, vergleichsweise früh wirtschaftlich verwertbare Ergebnisse zu präsentieren. Die politische Propaganda fixiert sich auf die Bildung als Schlüssel wirtschaftlicher Einbindung und gesellschaftlicher Beteiligung – anstelle einer Beteiligung an der gesellschaftlich organisierten Arbeit.

Ist Bildung dieser Schlüssel? Nein. Denn es gab schon einmal eine gigantische Bildungs-offensive Ende der 1960er Jahre als politische Reaktion auf eine Bildungskatastrophe, die von Experten ausgerufen wurde. Jugendliche aus allen Schichten stürmten in die Hochschulen. Aber die darauf folgende Flut der Akademiker und Abiturienten prallte an den geschlossenen Toren des Wirtschaftssystems ab. Nur nach akribischer Selektion bekam eine Wissenselite die Eintrittskarte zur wirtschaftlichen Einbindung und gesellschaftlichen Beteiligung.

Auch heute sind zahlreiche Akademiker arbeitslos und bleiben es, trotz gediegener Ausbildung, praktischer Bewährung und hoher Kompetenz. Höhere Bildung allein schafft keine zusätzlichen Arbeitsplätze, sondern verschärft die Konkurrenz, wodurch in der Regel die höher Qualifizierten die geringer Qualifizierten von den knapp vorhandenen Arbeitsplätzen verdrängen. „Learning by doing“ klingt plausibel, nicht jedoch doing by learning. Die Fixierung der Regierung auf die frühkindliche Erziehung, um die Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen, vergiftet das Leben der Kinder und ihrer Eltern. Sie nährt auch den standardisierten Wahn, als wäre der Horizont des Lernens mit dem Eintritt in die Grundschule abgeschlossen.

Es wirkt abwegig, den real existierenden Kindern die schuldige Anerkennung zu verweigern, weil sie auf Grund ihres Migrationshintergrunds die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands beeinträchtigen, während Kinder von Akademikerfrauen diese Funktion angeblich besser erfüllen. Da die Wirtschaft gerade an diesen Frauen interessiert ist, suchen die politisch Verantwortlichen sie von der Doppelbelastung zu befreien, dass sie gleichzeitig erwerbstätig sind und die eigenen Kinder betreuen müssen. Jedenfalls ist nicht einzusehen, wieso die Generation der heutigen Kinder und Jugendlichen weniger intelligent und weniger neugierig sein soll als die Generation derer, die in der Nachkriegszeit erwachsen geworden sind. Der einzige Unterschied besteht vermutlich darin, die die Jugendlichen von heute den berechtigten Eindruck haben, sie würden nicht gebraucht, außer von denjenigen, die das Hartz IV-Regime verwalten.

### *(4) Die Gewerkschaften*

Die Gewerkschaften fordern gesetzliche Mindestlöhne – um ihre freiwillige und hausgemachte

Ohnmacht, dass sie faire Arbeitsbedingungen und angemessene Löhne nicht mehr erkämpfen können, zu kaschieren? Es klingt schon seltsam, dass Mitglieder der schwarz-gelben Regierung die Tarifpartner, also die Gewerkschaften daran erinnern müssen, dass die Zeit für Lohn-erhöhungen reif sei. Warum sind die Gewerkschaften nicht in der Lage, sich einen fairen Anteil an der wirtschaftlichen Wertschöpfung zu erkämpfen und sich ihrer politischen Entmachtung durch den Finanzkapitalismus zu erwehren? Vermutlich gibt es drei Gründe dafür, dass sie als Pioniere im Kampf um gute Arbeit weithin ausfallen.

Erstens haben sich starke Gewerkschaften von der Option verabschiedet, in einer aus den Fugen geratenen und gespaltenen Gesellschaft für das allgemeine Interesse und nicht nur für die Interessen ihrer Mitglieder zu kämpfen. Sie verstehen sich als Dienstleistungseinrichtung, die sich in erster Linie für die Belange derer einsetzt, die noch erwerbstätig sind und regelmäßig Gewerkschaftsbeiträge entrichten. Ihnen haben die Abwrackprämie und die Kurzarbeit unmittelbare Vorteile gebracht, nämlich die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Zu diesem Kreis der Begünstigten gehören Langzeitarbeitslose, Hartz IV-Empfänger und in die stille Reserve abgewanderte Erwerbspersonen, insbesondere alleinerziehende Frauen nicht.

Zweitens sieht es so aus, als seien die Arbeitgeber gar nicht mehr die ersten Adressaten gewerkschaftlichen Widerstands, sondern die politische Klasse in den Parlamenten, die seit längerem die Flächentarifverträge schlecht geredet und die Tariffucht zahlreicher Arbeitgeber geduldet haben. Ihnen sind die Deformation der solidarischen Sicherungssysteme, die Ausweitung der privaten Alterssicherung und die Verfilzung der Regierung mit den Lobbyisten zuzuschreiben. Sie haben die Gesetze zur Beschäftigungsförderung, zur Leiharbeit, zur Befristung von Arbeit, zur geringfügigen Beschäftigung und zu den 1 €-Jobs beschlossen und sind für die sinkende Lohnquote und die Schieflage der Einkommens- und Vermögensverteilung verantwortlich. Folglich würde ein Streik gegen die Arbeitgeber, um Lohnforderungen und gute Arbeitsbedingungen durchzusetzen, weithin ins Leere laufen. Ein Streik müsste sich gegen Gesetze richten, durch die öffentliche Haushalte arm und private Haushalte reich gemacht werden, gegen das Sparpaket der schwarz-gelben Koalition, gegen die Manipulation der Hartz IV-Regelsätze, den Niedriglohnsektor, gegen die politisch zugelassene Umweltzerstörung, gegen die Diskriminierung der Frauen, denen die Doppelbelastung nicht genommen, sondern verschleiert wird, solange die Männer nicht mit der Verpflichtung belastet werden, einen fairen Anteil an der privaten Erziehungsarbeit zu leisten. Ein politischer Streik ist angesichts des Bürgerkriegs der politischen Klasse gegen das einfache Volk angezeigt.

Drittens unterlaufen die Branchengewerkschaften selbst die Solidarität der abhängig Beschäftigten, indem beispielsweise die Mitglieder der relativ starken IG Bergbau Chemie Energie oder der IG Metall nicht über die Schranken der Branchen hinweg für die Interessen der Beschäftigten im Einzelhandel, im Gaststätten- und Nahrungsmittelgewerbe oder in den Krankenhäusern und Sozialstationen eintreten und sich mit deren Forderungen, aus dem unteren Tariflohngefüge herauszukommen, stärker solidarisieren. Um die politischen Verantwortlichen so unter Druck zu setzen, dass sie branchenbezogene Mindestlöhne oder die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifvereinbarungen erklären, die von mitgliederstarken Gewerkschaften und den entsprechenden Arbeitgebern beschlossen wurden, ist ein Generalstreik angezeigt.

### **3. Neue Bündnisse für gute Arbeit**

Ich wünschte, die vier Thesen über die Blockade guter Arbeit durch ungerechte Verhältnisse und die Übermacht kollektiver Akteure ließe sich widerlegen, sei widerlegt. Solange dies nicht der Fall ist, bleibt der Ruf zur Auflehnung, zum Widerstand gegen die Blockade guter Arbeit berechtigt – zum einen indem jedes Mitglied der KAB, jeder katholische Arbeitnehmer und jede katholische Arbeitnehmerin Mitglied einer Gewerkschaft ist und sich dafür einsetzt, dass in jedem Betrieb ein Betriebsrat gebildet wird.

Es sollten neue Bündnisse entstehen zwischen Anlegern bzw. Verbrauchern und Arbeitnehmern, diesseits und jenseits der Ladentheke. Diejenigen, die bei Aldi-Süd einkaufen, sollten an der Kasse fragen, wie die Firma es mit Betriebsräten und Gewerkschaften hält. Diejenigen, die bisher ihre Konten bei der Postbank hatten, müssen sie nicht bei der Deutschen Bank behalten. Diejenigen, die Energie einkaufen, müssen sie nicht von den Anbietern von Atomstrom beziehen. Diejenigen, die gegen Pharaonen-Projekte der Deutschen Bahn protestieren, müssen sich nicht öffentlich als Feinde der Demokratie diffamieren lassen.

Die zivilgesellschaftlichen Initiativen, die von unten das Netz der etablierten Parteien und deren parlamentarische Beschlüsse zerlegt haben, sind als eine Einladung und Ermutigung zu verstehen, durch zivilen Widerstand die Blockade der kollektiven Akteure gegen gute Arbeit zu brechen.